



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 7. Juli 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 10. Juli 2023

Fokusthemen: **Finanzen, Bildung, Justiz, Sicherheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach einem unumstrittenen Wahlgeschäft zwei Einzelinitiativen und einen Nachtragskredit behandeln. Danach stehen eine längere Debatte zum Geschäftsbericht des Regierungsrates und zwei kürzere Debatten zum Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle und zur Verselbständigung der BMS in Winterthur an. Bis zur Mittagspause wird sich der Rat noch um die Abschreibung von einigen Postulaten kümmern. Die Nachmittagssitzung beginnt mit den Rechenschaftsberichten der Gerichte, bevor der Kantonsrat zum Schluss der letzten Sitzung vor den Sommerferien noch Vorstösse behandeln wird, welche die Sicherheitsdirektion betreffen.

Einzelinitiativen zu Abwesenheitsverfahren und kantonalen Beihilfen

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Gleich zwei EI stammen aus der Feder einer Person aus Dietlikon. Diese fordert einerseits die Abschaffung von Abwesenheitsverfahren in der Schweizerischen Strafprozessordnung mittels einer Standesinitiative ([KR-Nr. 57/2023](#)). Andererseits soll der Höchstanspruch von kantonalen Beihilfen für Personen, die Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben, durch eine Anpassung des Zusatzleistungsgesetzes erhöht werden ([KR-Nr. 66/2023](#)).

Nachtragskredit betreffend Beiträge an Krankenkassenprämien soll bewilligt werden

Rasch behandeln wird der Kantonsrat voraussichtlich einen Nachtragskredit in der Leistungsgruppe 6700 «Beiträge an Krankenkassenprämien». Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Rat einstimmig, den Kredit zu bewilligen ([5907](#)). Der Kantonsbeitrag entspricht gemäss dem vom Kantonsrat festgelegten Leistungsindikator L3 92 Prozent des Bundesbeitrags für die Prämienverbilligung. Gemäss Meldung des Bundes von Ende September 2022 beträgt der definitive Beitrag 2023 für den Kanton Zürich 540,5 Millionen Franken. Da die Prämienteuerung höher ausfiel als geplant, hat sich der Bundesbeitrag erhöht. Um die Kantonsbeitragsquote zu erreichen, muss ein Nachtragskredit in der Höhe von 10,3 Millionen Franken bewilligt werden.

FIKO-Präsident: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Geschäftsbericht 2022 des Regierungsrates zur Genehmigung beantragt

Ausführlich diskutiert werden dürfte erfahrungsgemäss der Geschäftsbericht des Regierungsrates ([5897](#)); dies, obschon alle Fraktionen in der Finanzkommission (FIKO), der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Justizkommission (JUKO) dem Kantonsrat die Genehmigung des Berichts, der einen Ertragsüberschuss von 543 Millionen Franken ausweist, beantragen. Eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen dürfte aber auch die Berichterstattung von FIKO und JUKO zur eigenen Kommissionstätigkeit im Berichtsjahr, welche traditionell im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts stattfindet. Insgesamt hat die FIKO von stabilen und sorgfältig durchgeführten Prozessen zur Rechnungsführung und Rechnungslegung der Regierung Kenntnis genommen. Neben dem Geschäftsbericht ebenfalls einstimmig zur Genehmigung beantragt die FIKO

die Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten, die Verlustdeckung der selbstständigen Anstalten und die Bildung von Rücklagen. Die GPK prüft die Geschäftsberichterstattung des Regierungsrates hauptsächlich mit Blick auf die Umsetzung der Legislaturziele, das vermittelte Lagebild, die Berichterstattung über mögliche Risiken für den Kanton sowie hinsichtlich früherer Empfehlungen der GPK. Sie nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Regierungsrat verschiedene Anregungen der Kommission zu seiner Geschäftsberichterstattung aufgenommen hat. Gleichzeitig regt sie an, dass der Regierungsrat seinen Geschäftsbericht in Zukunft noch stärker auch als Gefäss zur Berichterstattung über die Umsetzung der Empfehlungen der kantonsrätlichen Aufsichtskommissionen nutzt, wie dies das Gesetz vorsieht. Weiterhin unbefriedigend ist für die GPK die Berichterstattung des Regierungsrates über die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele. Dem Kantonsrat sei es kaum möglich, den tatsächlichen Massnahmenverlauf über die Legislatur hinweg angemessen zu verfolgen. Neben der Genehmigung des Geschäftsberichts beantragt die GPK auch, die vom Regierungsrat mit dem Geschäftsbericht zur Abschreibung beantragten Motionen KR-Nr. 335/2021 und KR-Nr. 227/2018 abzuschreiben. Die JUKO hat im Bericht den Teil «Strafverfolgung Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege» geprüft. Nach dem Umzug der Oberstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaften ins neue Polizei- und Justizzentrum seien noch gewisse Anpassungen in den Arbeitsabläufen und der Infrastruktur notwendig. Erleichtert hat die JUKO zur Kenntnis genommen, dass sich der Anstieg der Jugendkriminalität der letzten Jahre nicht weiter fortgesetzt hat. Auf der anderen Seite nahmen aber bei der «Strafverfolgung Erwachsene» die Falleingänge bei den Staatsanwaltschaften massiv zu. Zum zweiten Mal informiert schliesslich die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) im Rahmen des Geschäftsberichts über ihre Oberaufsichtstätigkeit betreffend die Beteiligungen des Kantons an der Flughafen Zürich AG und der Axpo Holding AG. Weiter äussert sich die AWU zum Beteiligungsbericht des Regierungsrates, welcher dazu dient, dem Kantonsrat die Umsetzung der regierungsrätlichen Beteiligungsstrategie zur Kenntnis zu bringen.

FIKO-Präsident: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Horgen), 079 619 56 53

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Tätigkeitsbericht 2022 der Finanzkontrolle zur Genehmigung beantragt

Unumstritten ist der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2022. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Bericht zu genehmigen ([KR-Nr. 200/2023](#)). Mit dem Tätigkeitsbericht kommt die Finanzkontrolle ihrer Berichterstattungspflicht nach. Als direkten Empfängerkreis des Berichts nennt das Gesetz den Kantonsrat und den Regierungsrat. Mit der ebenfalls gesetzlich festgehaltenen Berichtsveröffentlichung ist sichergestellt, dass sich bei Bedarf alle an der kantonalen Finanzaufsicht Interessierten über die Finanzkontrolle und ihre Arbeit in Kenntnis setzen können.

FIKO-Präsident: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Verselbstständigung der Berufsmaturitätsschule Winterthur

Mit über 1300 Lernenden in den Ausrichtungen Gesundheit und Soziales (GESO) sowie Technik, Architektur und Life Sciences (TALS) ist die Abteilung Berufsmaturität zur grössten und weiterhin wachsenden Abteilung der Berufsbildungsschule Winterthur und damit zu einer «Schule in der Schule» geworden. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat deshalb mit 13 zu 2 Stimmen, die Verselbstständigung der Abteilung Berufsmaturität zur Berufsmaturitätsschule Winterthur zu genehmigen ([5875](#)). Die neue BMS Winterthur soll als eigenständig geführtes zweites Kompetenzzentrum neben der BMS Zürich (BMZ) die Berufsmaturität zielgerichteter fördern können. Als regionales Zentrum stärkt sie zudem den Wirtschaftsstandort Winterthur.

Vormaliger KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Abschreibung von Postulaten zu Schulthemen

Sollte vor der Mittagspause noch Zeit verbleiben, wird der Kantonsrat ein paar Postulate zu Schulthemen als erledigt abschreiben. Traktandiert sind Postulate betreffend «Potentialstudie interkantonale Mittelschule Knonauer Amt» von EVP-Kantonsrat Daniel Sommer ([5756](#)), «Digitalisierung Mittel- und Berufsfachschulen» von Mitte-Kantonsrätin Kathrin Wydler ([5747](#)), «Tätigkeiten der Lehrpersonen im Rahmen der integrativen Förderung» von SP-Kantonsrätin Monika Wicki ([5769](#)), «Vom Schlusslicht in die Spitzengruppe» von GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler ([5834](#)) und «Sprachzertifikate an Zürcher Gymnasien» von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel ([KR-Nr. 263/2019](#)). Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt denn auch einstimmig, die Postulate als erledigt abzuschreiben.

Vormaliger KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Rechenschaftsberichte der obersten kantonalen Gerichte sollen genehmigt werden

Zum Auftakt der Nachmittagsitzung wird der Kantonsrat über die Rechenschaftsberichte der drei obersten kantonalen Gerichte sowie der ihnen unterstellten Gerichte und Amtsstellen diskutieren. Die Justizkommission (JUKO) beantragt einstimmig die Genehmigung der Berichte für das Jahr 2022 des Zürcher Obergerichts ([KR-Nr. 185/2023](#)), des Zürcher Verwaltungsgerichts ([KR-Nr. 186/2023](#)) und des Zürcher Sozialversicherungsgerichts ([KR-Nr. 187/2023](#)). Die jährliche Prüfung der Rechenschaftsberichte gehört zu den Aufgaben der JUKO im Rahmen ihrer Oberaufsichtstätigkeit. Am Obergericht ist die grosse Geschäftslast auf den Berufungsstrafkammern im Berichtsjahr noch weiter angestiegen. Als Folge davon sind die Pendenzen trotz der im letzten Jahr eingerichteten Entlastungskammer auf einen neuen Höchststand gestiegen. Demgegenüber ging die Geschäftslast auf der Beschwerdestrafkammer, dem Zwangsmassnahmengericht und den Zivilkammern leicht zurück. Die Geschäftslast an den Bezirksgerichten nahm bei den Zivilverfahren leicht zu, während bei den Strafverfahren eine leichte Abnahme zu verzeichnen war. Beim Verwaltungsgericht haben die Neueingänge von 1107 auf 979 abgenommen, während das Baurekursgericht aufgrund der anhaltend hohen Bautätigkeit eine rekordhohe Anzahl an Neueingängen verzeichnete. Ebenfalls eine Zunahme an Neueingängen meldete das Steuerrekursgericht. Den Pendenzenberg dank unter anderem günstiger Eingangszahlen ein weiteres Mal reduzieren konnte indes das Sozialversicherungsgericht. Damit ging auch die durchschnittliche Behandlungsdauer der Fälle zurück, was gerade im Sozialversicherungsrecht für die Rechtsuchenden von grosser Bedeutung ist. Wie auch andere Gerichte sieht sich das Sozialversicherungsgericht auf dem Weg zu einer digitalen Justiz mit einer grösseren Anzahl Digitalisierungsprojekten konfrontiert, was mit einigen Herausforderungen verbunden ist. Derweil macht sich langsam auch in der Justiz, und zwar bei fast allen Gerichten, ein Fachkräftemangel bemerkbar.

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Vorstösse zu Altersheimen und Asylsuchenden

Im Anschluss an die Rechenschaftsberichte der Gerichte wird der Kantonsrat einige der traktandierten Vorstösse behandeln, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. SP-Kantonsrat Christoph Fischbach beispielsweise fordert zusammen mit Mitunterzeichnenden der Grünen, EVP und AL gesetzliche Grundlagen, damit auch bei Zusatzleistungsbeziehenden die Kosten für Einzelzimmer der günstigsten Kategorie in Altersinstitutionen übernommen werden ([KR-Nr. 30/2023](#)). Die Regierung war bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Weil die FDP das Anliegen ablehnt, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen. Verschiedene Fragen zum Vollzug der einschlägigen Ausländer- und Asylgesetzgebung hat FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch gestellt ([KR-Nr. 48/2023](#)). Mit der Diskussion im Rat über die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation ist das Geschäft erledigt. Gleiches gilt für die Interpellation von SVP-Kantonsrätin Nina

Fehr Düsel betreffend die Ausweisung von Mietern aus Wohnungen zur Unterbringung von Asylsuchenden ([KR-Nr. 96/2023](#)).

Christoph Fischbach (SP, Kloten), 079 400 07 23
Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), 079 402 31 41
Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), 079 508 76 40

Personelles:

Zu Beginn der Vormittagsitzung wird am Montagmorgen in offener Wahl ein neues Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 212/2023](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12